

Wohnraumsituation

Das Studentenparlament stellt fest:

Die 727 vorhandenen Wohnheimplätze in Wohnheimen des Studentenwerks schaffen für nur etwa 10 % der Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt Unterkunft. Die Wartezeit auf einen Wohnplatz beträgt etwa 2 Semester, obwohl nur die hartnäckigsten Bewerber sich in die Liste eintragen lassen; die meisten stellen angesichts der langen Wartezeit und dem Zwang zunächst in einem Doppelzimmer zu wohnen, erst gar keinen Aufnahmeantrag.

Die Lage auf dem privaten Wohnungsmarkt in Darmstadt ist ebenso katastrophal. Zunächst sind wirtschaftlich immer weniger Familien auf eine Weitervermietung ihrer Zimmer angewiesen, weiter ist Untervermietung in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus meist nicht möglich oder verboten. Bei der Zimmerknappheit werden die Studenten gezwungen überhöhte Mietpreise (besonders in der TH-Nähe) zu zahlen, unzumutbare lange Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, Zimmer zu mieten die nicht heizbar sind und keine Küchen- und Badbenutzung ermöglichen, über die Mietpreise hinaus zusätzliche Dienstleistungen zu erbringen und sogar menschenunwürdige Bedingungen (generelles Besuchsverbot) einzugehen.

Die Wohnraumsituation ist so katastrophal, daß zum jetzigen Semesterbeginn mehrere Studenten gezwungen waren, zunächst in der Jugendherberge zu wohnen.

Durch Vergleiche mit dem Ausland und durch sonstige Erhebungen hat sich gezeigt, daß für etwa 50 % der Studenten Wohnraumplätze geschaffen werden müssen. Kurzfristig bis 1975 müssen dringend 30 % der Studenten in Wohnheimen untergebracht werden. Legt man bis dahin speziell für Darmstadt eine Studentenzahl von ca. 8 - 10.000 zugrunde, (wie dies auch das Studentenwerk tut) so müssen bis dahin etwa 2300 neue Heimplätze gebaut werden. Das bedeutet, daß jährlich etwa für 350 bis 400 Studenten zusätzliche Unterkünfte erforderlich sind. Bei den jetzigen Durchschnittskosten von 19.000 DM pro Wohnplatz heißt dies, daß jährlich etwa 7 Millionen DM Baukosten zur Verfügung gestellt werden müssen.

Angesichts dieser Wohnraumsituation wäre die sofortige Fertigstellung und Erweiterung des Wohnheims Nieder-Ramstädter Str. 177 und den unverzüglichen Baubeginn des Wohnheims Karlshof dringend erforderlich. Die Pläne für dieses Projekt, das mit drei Hochhäusern für 750 Studenten Platz schaffen würde sind längst erstellt, doch fehlt die Finanzierung.

Die Stagnation des Wohnheimbaus in den letzten Jahren ist Folge einer verfehlten Finanz- und Kulturpolitik. Es ist festzustellen, daß durch die Folgekosten der Notstandesgesetzgebung und der erneuten zusätzlichen Ausgaben für Rüstung der Wohnheimbau weiter verschleppt werden wird.

Aufgrund dieses Tatbestandes möge das Parlament beschließen:

Der AStA-Vorstand soll beim Vorstand des Studentenwerks vorstellig werden, um zu hören, welche Unterstützung dieser bei der Durchsetzung der Finanzierung der Wohnheime von der Studentenschaft für günstig hält.

Private Initiativen zum Bau von Wohnheimen sollen nach Möglichkeit unterstützt werden (z.B. bei der Grundstücksbeschaffung).

Es soll geprüft werden, in welcher Weise der Wohnungsmangel durch momentane Hilfeleistungen des AStA, (z.B. bei der Mietung ganzer Häuser durch Vorfinanzierung der Kautions) gemildert werden kann.

Auf einem Teach-in soll die Wohnungssituation dargelegt und Möglichkeiten direkter Aktionen diskutiert werden.

gez. Dieter Herold